

KARIKATUR DER WOCHE



Die Bändigung der Macht

Unkontrollierte Macht ist gefährlich. Machtteilung geschieht durch Demokratie, Menschenrechte und Markt. Die drei tragenden Ideen der politischen Moderne verdienen es, selbstsicher verteidigt zu werden.

Gastkommentar von Toni Stadler

Persönliche Macht ist kein Einfall Luzifers. Eher die Resultierende zwischen Menschen mit wenigen und Menschen mit vielen Handlungsmöglichkeiten. Tief in unserem biologischen Erbe verankert, hat sie starken Einzelnen und ihren meist kleinen Clans über Jahrtausende Vorteile gebracht. Genau deshalb muss Macht im Staat und in Grossverbänden an Ketten gelegt werden. Die Demokratien, in die wir hineingeboren wurden, sind uns derart selbstverständlich, dass Gymnasiallehrer in Lausanne ihre Studenten fast nur noch auf die Schattenseiten der Volksherrschaft aufmerksam machen: tiefe Wahlbeteiligung, 30 Prozent Niedergelassene ohne Stimmrecht, polemische Kampagnen. Statt mindestens auch noch zu erwähnen, dass ein stolzer Mensch sich nicht durch Leute vertreten lassen will, die ihr Amt geerbt, erkaufte oder durch Staatsstreich erworben haben.

Manipulierte Demokratien

Man muss in unordentlichen Ländern gearbeitet haben, um die Essenz einer Demokratie zu schätzen. Etwa in Kambodscha, wo nach dem Abzug Vietnams mit 2 Milliarden Dollar und 15 000 Uno-Gesandten eine Demokratie installiert wurde, die wenige Jahre danach in der Einmannherrschaft von Ministerpräsident Hun Sen endete. Oder in Rwanda, wo nach dem Zerfall der Sowjetunion eine überstürzte Demokratisierung den Völkermord mit auslöste, was zur Machtübernahme des autoritären Regimes von Paul Kagame führte. In Afrika und Asien gibt es zahlreiche Beispiele von lernfähigen starken Männern, die sich einer manipulierten Demokratie bedienen, um lebenslang im Amt und im Geschäft zu bleiben.

Vollständig gelungene Demokratisierungen gab es seit der Wende eigentlich nur in Südafrika, Tunesien, Botswana und in Osteuropa, weil die Begrenzung persönlicher Macht dort funktionierte. Bei

UNDP Rwanda gab es 1995 Konsultationen über eine neue Verfassung. Experten von der Harvard Kennedy School bis zum Institut für Föderalismus erklärten Offizieren des «neuen Rwanda» jede Finesse der Demokratie. Nur nicht, dass es noch keine Demokratie ergibt, wenn man jemanden zum Präsidenten wählt. Entscheidend ist die Aufsicht über die Gewählten während ihrer Amtszeit, so dass korrupte, unfähige oder die Verfassung brechende Staatschefs gewaltlos ersetzt werden können.

Dazu braucht es ein mutiges Parlament, ein oberstes Gericht mit Autorität, unabhängige Medien, einen Privatsektor als Gegengewicht zum Staat und eine minimale politische Kultur. Wie entsetzt auch immer wir gegenwärtig das Wahlspektakel in den USA verfolgen, die Institutionen dort werden dem starken Mann standhalten. Weil das Respektieren der Verfassung von beiden Parteien, den Medien, den Militärs und den Milliardären geteilt wird.

Menschenrechte begrenzen institutionelle Macht, die Befugnisse des Parlaments, der Regierung, der Polizei, der Gerichte, des Strafvollzugs. Man kann die Geschichte der Grundrechte als eine graduelle Erosion illegitimer Macht lesen: Mit der «Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen» von 1789 wurden gewisse Rechte als «unverlierbar» bezeichnet und damit künftigen demokratischen Mehrheitsentscheiden entzogen. Die politischen Morde und Enteignungen der Terrorzeit geschahen trotzdem; die Idee aber blieb.

Die amerikanische Bill of Rights von 1791 war ähnlich motiviert; Sklaven gab es zwar weiterhin, doch von nun an fand sich selbst der Sklavenhalter Thomas Jefferson im Clinch mit seinem Bild eines idealen Staats. Dass die Menschenrechte im 19. Jahrhundert fast nur für Weisse galten, nicht aber für die Kolonisierten, verstört aus heutiger Sicht. Erst das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte den Durchbruch: Mit der universellen Menschenrechtserklärung der Uno von 1948

und den beiden Pakten von 1966 wurden sie noch im 20. Jahrhundert mindestens in alle Verfassungen der früh industrialisierten Länder eingebaut. Es gibt zwar auch Menschenrechtsverstöße in OECD-Ländern, aber die werden geahndet. In den meisten Entwicklungsländern dagegen sind Fortschritte rar, obschon die «Förderung der Menschenrechte» seit dreissig Jahren jedes westliche Entwicklungsprogramm schmückt.

Ehrlich wäre, von Rückschritt zu sprechen. Zahlreiche afrikanische und asiatische Uno-Mitglieder führen Gefängnisse, in denen die Insassen ungenügend vor Willkür geschützt sind. Ihr Staat toleriert, dass Eltern – etwa bei Female Genital Mutilation – unbeschränkte Macht über ihre Kinder ausüben. In 69 Staaten gehen Regierungen strafrechtlich gegen Homosexuelle vor. Die Regionalmächte Saudiarabien und Iran betrachten (nebst anderem) die Gleichstellung von Frau und Mann als inkompatibel mit dem Islam. Die chinesische Parteiführung hält mehrere Menschenrechte für zu «individualistisch». Und die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte schweigt, weil sie weder von den USA noch von der EU genügend Unterstützung erhält.

Dreissig Jahre nach dem «Sieg der offenen Gesellschaft» und damit der Menschenrechte ist das kein Grund zum Feiern. Man kann nur hoffen, in den kommenden Jahren wachse die Erkenntnis, dass Bürgerinnen und Bürger bestimmen müssen, wie der Staat mit seinen Einwohnern umgehen darf, und nicht starke Männer, Gott oder die Tradition.

«Der aktuelle Kapitalismus wird zwangsläufig abgelöst werden, entweder durch einen Zusammenbruch durch Umweltkatastrophen oder durch einen Systemwechsel zu einer nachhaltigen Wirt-

schaft», lernte ich, als ich mit meinen Jungen Hausaufgaben machte. «Systemwechsel» bedeutet für den Gymnasiallehrer offenbar einen Ruck hin zu etwas Planwirtschaftlichem. So unspezifisch vage argumentieren heute viele, die nie in einem Land mit Planwirtschaft gelebt und wahrscheinlich nie in einem Privatunternehmen gearbeitet haben. Den Blick auf die «Superreichen» fixiert, übersehen Marktverächter leicht, dass der Privatbesitz von konkurrierenden Unternehmen, Wohnraum, Wertpapieren, Pensionskassen die wirtschaftliche Macht auf sehr viele Hände verteilt.

Der Markt, ein Machtverteiler

170 Jahre nach dem «Kommunistischen Manifest» muss man Karl Marx vorwerfen: Mit der Zusammenlegung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Hand einer einzigen Partei wurden unkontrollierbare Machtballungen angelegt, die im 20. Jahrhundert ausnahmslos zu Diktaturen starker Männer führten: Stalin, Kim Il Sung, Mao, Castro, Pol Pot. Bewährt dagegen haben sich die Kontrolle der Staatsmacht durch die Gewaltenteilung von Montesquieu und die weitgehende Trennung von Staat und Wirtschaft. Letztere nutzt die Eigenschaft des Menschen, sich stärker anzustrengen, wenn er davon profitiert – aber gezügelt: In jedem guten Privatbetrieb ist die interne Macht geteilt. Transparente Ausschreibungen, unabhängige Geschäftsprüfer, wachsame Aufsichtsräte verhindern die Selbstbedienung von Angestellten.

Der Markt limitiert auch die externe Macht der Unternehmen: Wer Dinge produziert, die keine Käufer finden, ist rasch aus dem Geschäft. Dies heisst nicht, dass Marktwirtschaft – wie sie jetzt funktioniert – alle Probleme löst. Selbst Adam Smith würde heute umdenken. Fragwürdig wird das System, wenn Regierungen nicht mehr den Willen aufbringen, Monopolisten wie Google, Facebook oder Amazon aufzuteilen, um den Markt spielen zu lassen. Fragwürdig wird es, wenn Parlamente und Regierungen es nicht wagen, den Produzenten und Konsumenten einen Zeitplan zum Ausstieg aus fossiler Energie vorzulegen. Hier müsste die Kritik am «aktuellen System» ansetzen. Es ist Aufgabe der Politik, mit Elementen der Marktsteuerung zugunsten des Klimaschutzes, der nachhaltigen Ressourcennutzung oder dem Abbau der Wohlstandsunterschiede einzugreifen. Lehrer sind wichtig. Wer Gymnasiasten einen Systemwechsel vorschlägt, sollte konkret aufzeigen, wie genau das Neue auszusehen hätte. Dann kann darüber diskutiert werden.

Den Blick auf die «Superreichen» fixiert, übersehen Marktverächter leicht, dass der Privatbesitz die wirtschaftliche Macht auf sehr viele Hände verteilt.